

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Lemmen,  
sehr geehrte Mitglieder des Rates,  
werte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Verwaltung,

die letzten Tage des Jahres 2023 werden nun gezählt und ein Hoffen auf  
Besserung in jeglicher Hinsicht lässt sich in vielen Gesichtern der Bevölkerung  
erkennen.

Dass die Welt eine bessere geworden ist, das ist jedem klar, davon sind wir  
weiter entfernt als jemals zuvor.

Die weltweiten Konflikte bestehen weiterhin und weitere sind hinzugekommen  
und Lösungen diese beenden zu können sind nicht Sicht.

Wer geglaubt hatte, dass uns 2022 viel abverlangte, der wurde auch in  
2023 mittlerweile eines Besseren belehrt.

Wir befinden uns in einer schwierigen Situation. Seit nunmehr als 1,5 Jahren  
herrscht in Europa Krieg. Als einziges Industrieland befinden wir uns in einer  
Rezession.

Wir in Nordrhein-Westfalen und hier in Werther spüren diese Belastungen  
besonders stark. Insbesondere aufgrund der hohen Energiepreise und  
Lebenshaltungskosten.

Die Unsicherheiten in der Energiewende, das Abschalten der letzten  
Atomkraftwerke und die Versorgung durch Flüssiggas und Strom. Letzteres  
bedingt durch die Herstellung in Kohlekraftwerken und dem Zukauf aus den  
Nachbarländern die weiter Atomkraftwerke für die Energiegewinnung  
einsetzen.

Unser Strom ist aktuell dreckiger denn je.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist nicht schnell genug und die benötigte Infrastruktur hinkt Jahrzehnte hinterher, bedingt durch den behördlichen Bürokratiewahnsinn und Eingaben durch die Bevölkerung. Weiterhin der Wahnsinn des neuen Gebäudeenergiegesetzes und des Energieeffizienzgesetzes.

Sollte doch die Wärmepumpe das Allheilmittel im Gebäudesektor sein, die geforderten CO2 Emissionen zu reduzieren, so dürfen nun die Eigentümer ihrer Immobilien wieder alles einbauen, mit oder ohne Förderung. Bis die Wärmeplanung der Kommunen 2028 aufgestellt ist, in der erläutert werden soll wie die Wärmeversorgung in der Zukunft aussehen soll.

Hohe Lebenshaltungskosten, Inflation, Industriestrompreis, CO2 Besteuerung, explodierende Preise im Wohnbausektor, Fachkräftemangel, ausgesetzte Bundesförderungen, Geflüchtete, steigender Antisemitismus,

Die Liste von Problemen ist lang und es scheint als würde sie jeden Tag länger werden...

Die Unzufriedenheit der Bevölkerung wächst von Tag zu Tag, dank einer handlungsunfähigen Bundesregierung und einem besserwissendem und unnahbar erscheinenden Bundeskanzler.

Das hat zur Folge, dass eine nichtdemokratische Partei im Höhenflug ist. Ich halte dieses für beängstigend und sehe die Bundesregierung hilflos – wie allzu oft in den letzten Monaten.

Die Not und Unzufriedenheit findet sich auch in Werther wieder.

Die wirtschaftliche Lage ist sehr angespannt, sinkende Steuereinnahmen sind bereits zu verbuchen.

Werther will den Haushalt 2024 mit einem Rekorddefizit verabschieden.

In Werther sind die Kosten der verpflichtenden Ausgaben das größte Problem.

Hohe Tarifabschlüsse für die kommunalen Beschäftigten und dauerhafte Mehrausgaben für Integration und Unterbringung von Asylsuchenden sind ein Teil des Defizites. Diese wichtigen und notwendigen Ausgaben bedürfen jedoch einer gesicherten Entlastung durch Land und Bund.

Der größte Posten jedoch schlägt sich in der Kreisumlage nieder.

1,5 Millionen Euro muss die Stadt Werther aufgrund ihrer bisherigen guten Haushaltlage mehr aufbringen.

Die Stadt hat in den letzten Jahren eine restriktive Ausgabenpolitik verfolgt.

Die Möglichkeiten im Haushalt sind somit sehr begrenzt um auf unvorhergesehene Situation zu reagieren.

Im Jahr 2024 wird auf eine Steuererhöhung verzichtet, die Hebesätze wie in den Jahren zuvor angepasst, um etwaige Zuschüsse des Landes weiter zu erhalten.

Die Gebühren für Wasser und Abwasser mussten nochmals erhöht werden, bedingt durch den Ausbau der neuen Kläranlage, aber auch durch eine Vielzahl von Reparaturen und Instandsetzungsarbeiten.

Die zuletzt genannten sind die vielfach zitierten Minen aus den Jahren 2014 bis 2020. In jener Zeit wurde auf einen kontinuierlichen Instandsetzungsplan verzichtet.

Die Rechnung tragen wir nun im erhöhten Maße.

Bedingt durch die angespannte finanzielle Situation wollen wir jedoch die Unterstützung an das EGW ermöglichen. Die schulische Bildung muss auch für die Zukunft unserer Kinder gesichert sein. Auf Anfrage des EGW den Ausbau neuer Schulräume zu unterstützen sind sich alle Fraktionen des Rates einig. Um eine Entlastung des Haushaltes herbeizuführen hat die CDU zusammen mit den Freien einen globalen Minderaufwand von 1% in den rechtlich möglichen Teilplänen des Haushaltes beantragt.

Ein aus unserer Sicht wichtiges Zeichen, um der Bevölkerung zu zeigen, dass sich auch der Rat seiner Aufgabe bewusst ist mit den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln zu haushalten.

Ein besonderer Dank gilt dem Fachbereich 3 und den Ehrenamtlichen, für ihre wichtige Arbeit mit den Geflüchteten und ihr großes Engagement. Bisher wurden ausreichend Unterkünfte zur Verfügung gestellt, ohne dass öffentliche Gebäude herangezogen werden mussten.

2023 war wiederum ein Jahr mit neuen Herausforderungen und emotionalen Höhepunkten.

Neben den Kanalsanierungen und dem kalkhaltigen Wasser in den letzten Jahren ist die Einbahnstraße auf der Ravensberger Straße die durchaus lebhafteste Debatte von Rat und Bevölkerung in diesem Jahr.

Das Ergebnis der Verstetigung gipfelte in einem Schlagabtausch der unterschiedlichen Standpunkte.

Die harsche Kritik an den drei Befürwortern der Einbahnstraße, der SPD, den Grünen und der UWG, war für die SPD zu viel. Eine Kritik gerichtet an die SPD, das ginge nun wirklich nicht.

Ist es gerade die SPD, in Persona der Fraktionsvorsitzende, doch derjenige der sich mit direkten persönlichen Angriffen an seinem Gegenüber nicht zurückhält.

Doch ist es nicht nur die SPD mit ihrer hochnäsigen Art den Gegner zu diskreditieren, sondern auch die Grünen belächeln und verhöhnen die Positionen der anderen.

So fragt sich der Zuschauer, wo liegt der Unterschied zwischen unserer Stadt und dem Bund?

Beide Parteien halten sich mit Ihren Wertevorstellungen und Ideologien für das Maß der Dinge. Wer das nicht verstehen kann.

So verhielt es sich auch bei unserem Vorschlag das kommunale Förderprogramm Klimaschutz mit der Förderrichtlinie für 2024 auszusetzen.

Wozu benötigen wir eine Förderung, wenn es sich augenscheinlich doch um Mitnahmeeffekte handelt. Die Maßnahmen werden ohnehin von den Interessierten durchgeführt.

Eine Vorgabe der Landesbauordnung ab dem kommenden Jahr untersagt das Errichten von Schottergärten, bereits vorhandene Schottergärten haben keinen Bestandsschutz.

Balkonkraftwerke sind in Ihren Anschaffungskosten stark gefallen.

Nur weil die Förderprodukte in den letzten Jahren nicht ausreichend abgerufen worden sind, müssen diese nicht unweigerlich in Ihrer Förderhöhe hochgesetzt werden um diese attraktiver in der Beantragung auf Förderung zu gestalten.

Anträge der CDU gehören abgelehnt, so der O-Ton des Fraktionsvorsitzenden der SPD.

Jede Zuschauerin und jeder Zuschauer kann sich in den Ausschusssitzungen ein Bild von genau dieser selbstgefälligen Haltung ein Bild machen.

War es doch noch in der letzten Haushaltsrede der SPD ein Wunsch neue BewohnerInnen für die Arbeit im Stadtrat zu begeistern, so fragt man sich nun wozu?

Werden doch in manch einer Sitzung viel mehr verbale Ergüsse und Eitelkeiten verteilt als das eine sachliche Diskussion stattfindet.

So frustriert es manch Mitglied im Ausschuss seine Freizeit mit Angriffen auf die eigene Meinung und Persönlichkeit zu verbringen.

Die CDU-Fraktion wird sich weiterhin den herausfordernden Aufgaben im Rat stellen und den konstruktiven Dialog mit den anderen Fraktionen und der Verwaltung suchen, das ist unser Demokratieverständnis.

Wir müssen zurück zu einem sachlichen und konstruktiven Austausch im Sinne der Bürgerinnen und Bürger, die uns gewählt haben.

War aus unserer Sicht die Stadt zuletzt in ein Koma verfallen, so ist es gelungen, dieses Jahr gesellschaftliche Höhepunkte in der Stadt zu setzen.

Es gab herausragende Feierabendmärkte in den Sommermonaten.

Viel Zuspruch hat es gegeben, jeder konnte es selbst erleben.

Ein voller Erfolg und großer Dank an Herrn Meier, der sich dieser und weiteren Veranstaltung angenommen hat.

Auch der Weihnachtsmarkt erscheint in neuem Glanz, so wird den Vereinen unserer Stadt die Teilnahme und Mitwirkung an dem selbigen erheblich erleichtert.

Für das kommende Jahr stehen uns weiterhin grundlegende und richtungsweisende Aufgaben für die Zukunft unserer Stadt bevor.

Wie gehen wir mit der Bevölkerungs- und Gewerbeentwicklung um?

Welche Maßnahmen müssen im Zuge dessen bedacht und umgesetzt werden?

Punkte, die unseres Erachtens frühzeitig diskutiert werden müssen.

Unser Bürgermeister wird im Frühjahr dazu Stellung nehmen und seine Vision erläutern.

Wir dürfen gespannt sein wie konkret die Ausführungen werden.

Eines ist gewiss, es muss frühzeitig mit der Festsetzung weiterer Eckpunkte begonnen werden, um die Entwicklung unserer Stadt für die Zukunft nicht zu verschlafen.

Das ist unser Ziel!

In diesem Jahr sind die aus unserer Sicht skizzierten Punkte gewichtend genug dem Haushalt für das Jahr 2024 nicht zuzustimmen.

Der Dreiklang zwischen Ökologie, Sozialem und Ökonomie ist nicht ausgeglichen und wird von Ideologien aus der Balance gezerrt.

Wir hoffen, dass sich im nächsten Jahr eine Kommunikation etabliert die die Akteure in der öffentlichen Wahrnehmung respektiert und wertschätzt.

Wir danken Herrn Demoliner und allen MitarbeiterInnen der Verwaltung für ihre Arbeit. Weiterhin danken wir für die Möglichkeit die Haushaltsansätze in den verschiedenen Fachausschüssen gemeinsam zu diskutieren.

Für das kommende Jahr 2024 sind wir auch weiterhin für einen offenen sachlichen Meinungsaustausch mit den Fraktionen bereit.

Vielen Dank.